

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Findorff am 02.06.2010
im Gemeindesaal der Martin-Luther-Gemeinde, Neukirchstraße 86

Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr
Ende der Sitzung: 21.45 Uhr

Nr.: X/5/10

Anwesend waren:

Herr Stefan Bendrien
Frau Hille Brünjes
Herr Fritz Gierschewski
Herr Christian Gloede-Noweck
Herr Rolf Götte
Herr Dr. Martin Korol
Herr August Kötter
Frau Katharina Krieger
Frau Heidi Locke
Herr Oliver Otwiaska
Herr Michael Pelster
Frau Inci Powering
Herr Peter Reinkendorf
Herr Rolf Steinhilber
Frau Anja Wohlers

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Herr Golasowski - Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Staatsrat
Herr Hamburger - Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Herr Iversen - Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt, sie lautete wie folgt:

- TOP 1:** Genehmigung der Protokolle Nr.: X/1/10 vom 10.02.2010,
Nr.: X/2/10 vom 13.04.2010 sowie Nr.: X/3/10 vom 04.05.2010
- TOP 2:** Umgestaltung Admiralstraße
hier: Herstellung von Einvernehmen gemäß § 11 in Verbindung
mit § 9 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
- TOP 3:** Vergabe von Globalmitteln
- TOP 4:** Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes
- TOP 1:** **Genehmigung der Protokolle Nr.: X/1/10 vom 10.02.2010,
Nr.: X/2/10 vom 13.04.2010 sowie Nr.: X/3/10 vom 04.05.2010**

Die o.a. Protokolle wurden genehmigt.

- TOP 2:** **Umgestaltung Admiralstraße
hier: Herstellung von Einvernehmen gemäß § 11 in Verbindung
mit § 9 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter**

Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Gäste und führte in die Thematik ein.

Ausgangslage:

Die Admiralstraße in Findorff ist in den vergangenen Jahren in mehreren Bauabschnitten umgestaltet und aufgewertet worden. Zuletzt fehlte noch der Abschnitt zwischen Herbststraße und Findorffstraße.

Daraufhin hat es einen politischen Kraftakt gegeben mit dem Ergebnis, dass nun auch die gegenüberliegende Seite bearbeitet wird. Hauptthema: Neugestaltung der Nebenanlagen.

Federführung und Finanzierung: Bauressort.

Dem Beirat sind zwei Ausführungsvarianten vorgelegt worden, die sich im wesentlichen zur Frage der Radwegqualität unterscheiden. Variante A sieht eine bauliche Herstellung des Radweges vor, Variante B stellt den Radweg lediglich als Schutzstreifen dar, der auf der Fahrbahn abmarkiert wird.

Der Beirat hat sich in seinem Bau- und Verkehrsausschuss im Januar 2010 für die Variante A entschieden (Radweg baulich herstellen). In dieser Haltung wird er sehr deutlich vom Findorffer Polizeirevier und der Leitung der angrenzenden Grundschule unterstützt.

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa hat sich diese Position jedoch nicht zu eigen gemacht und sieht vor – der Empfehlung der hauseigenen AG Radverkehr folgend – die Variante B umzusetzen. Teile des Beirates waren schließlich bereit, dieser Lösung zu folgen, während eine Mehrheit im Beirat weiterhin auf bauliche Herstellung des Radweges bestand.

Der Beirat hat am 4. Mai 2010 mehrheitlich beschlossen, gemäß § 11 in Verbindung mit § 9 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter das Einvernehmen herzustellen und innerhalb eines Monats eine entsprechende Beiratsberatung herbeizuführen.

Ein außerhalb des formalen Verfahrens angesetztes Gespräch zwischen dem Staatsrat des Bauressorts sowie VertreterInnen von Beirat und Ortsamt führte nicht zur Annäherung der Positionen.

Fazit der heutigen Beratung:

Es wurde zw. den Behördenvertretern, Beirat und Bevölkerung eine sehr intensive – teils kontroverse – Debatte über die Sicherheitsaspekte geführt, in der Herr Golasowski mitteilte, dass nach nochmaliger Prüfung betr. des Kostenfaktors ein eklatanter Unterschied – nämlich Variante „Radweg“/170.000,-- Euro – Variante „Weiterführung des Schutzstreifens mit Umstellung auf Längsparken und Pflanzung von 4 – 5 Bäumen“/maximal 15.000,-- Euro – besteht; Herr Iversen ergänzte, dass mit dieser Variante die gute vorhandene Bausubstanz, die im Straßenraum vorhanden ist, genutzt werden könne und nur Bäume in den vorhandenen Parkstreifen gebaut werden, dadurch entstehen natürlich deutlich geringere Kosten. Variante A und B gingen davon aus, dass die Nebenanlagen komplett umgebaut werden. Obwohl Herr Gloede-Noweck bereits zwischenzeitlich „Schluss der Aussprache“ beantragt hatte, wurde sich auf Vorschlag von Herrn Reinkendorf darauf geeinigt nochmals Herrn Golasowski, der auf die bestehende Haushaltssperre hinwies, nach der es eigentlich zu keinerlei Umbaumaßnahme kommen könne, und an den Beirat appellierte darüber nachzudenken, ob das – in Zeiten einer Haushaltssperre - der geeignete Fall ist, mit dem ein Ressort und ein

Beirat in die Bürgerschaft gehen sollten, das Wort zu geben; und wenn gewünscht den Parteien Gelegenheit zu geben, nochmals ihre Positionen darzulegen.

„Schluss der Debatte“ wurde nunmehr vollzogen.

Frau Locke, SPD-Fraktion, stellte fest, dass das Ziel „Einvernehmen“ in der heutigen Beiratssitzung verfehlt wurde und verlas den als Anlage beigefügten Antrag.

Nach Klärung einiger Verständnisfragen wurde der Antrag bei 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Staatsrat Golasowski erklärte in einem Schlusswort, dass es vor dem Hintergrund dieser Beschlusslage keine Umgestaltungsmaßnahme mehr geben wird.

TOP 3: Vergabe von Globalmitteln

Bevor Frau Locke, SPD-Fraktion, die Vorschläge zur Vergabe der Globalmittel vortragen konnte, plädierte die Fraktion DIE GRÜNEN aufgrund dessen, dass innerhalb ihrer Fraktion noch keine Absprache getroffen werden konnte, dafür, diesen TOP zu vertagen. Weiter sei auch noch keine Einigung über die Kriterien/Schwerpunktsetzung zur Vergabe der Globalmittel im Beirat getroffen worden.

Nach kurzer Aussprache stellte Frau Locke den Antrag, heute über die Vorschläge abzustimmen.

Die Abstimmung ergab: 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen.

Frau Locke schlug folgende Vergabe vor:

- Christliche Elterninitiative, Erneuerung des Spielplatzes, Vorschlag: 3.000,-- €: Herr Gloede-Noweck bemerkte, dass geklärt werden müsse, ob zum jetzigen Zeitpunkt (der Spielplatz befindet sich direkt neben dem Gestra-Gelände/in naher Zukunft Großbaustelle) eine Umgestaltung des Spielplatzes sinnvoll ist. Der Antrag sollte zurückgestellt und ein Gespräch mit der Christlichen Elterninitiative geführt werden.

Es folgte eine Diskussion, in der sich einige Mitglieder dieser Auffassung anschlossen.

Herr Reinkendorf stellte fest, dass ein extremer Diskussionsbedarf über die Vergabemodalitäten bestünde und stellte den Antrag, dass der Sozialausschuss sich dieser Angelegenheit vor Ort annimmt. Aus der jetzigen Diskussion werde deutlich, wie notwendig eine sinnvolle Auseinandersetzung und Absprache zur Globalmittelvergabe sei.

Abstimmung: Einstimmig zur Entscheidung in den FA „Soziales“ verwiesen (zeitnaher Besuch der Einrichtung in der Hemmstraße).

- AK „Älter werden im Bremer Westen“, Beratungsführer: Vorschlag 400,-- €.

Abstimmung: Bei 8 Ja-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

- Gesundheitstreffpunkt, Neuauflage Broschüre „Gewalt hingucken, einmischen“, Vorschlag: Ablehnung.

Abstimmung: Die Ablehnung wurde bei 4 Enthaltungen beschlossen.

- Martinsclub Bremen e.V., Nahbei, Nachbarschaftsangebote im Nahbei, Vorschlag: 700,-- €.

Aufgrund der guten Angebotspalette plädierte Frau Wohlers dafür, dem Nahbei die volle Antragssumme (950,-- Euro) zu bewilligen.

Abstimmung: 950,-- € einstimmig bewilligt.

- Schulverein Schule an der Admiralstraße, Erstlesebücher und Märchen in neuer Rechtschreibung, Vorschlag: 2.000,-- €. Abstimmung: Bei 2 Enthaltungen beschlossen.
- Schulverein Oberschule Findorff, mobiles Bühnensystem, Vorschlag: 3.391,50 €. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.
Schulverein Oberschule Findorff, Fachübergreifendes Unterrichtsprojekt, Vorschlag: 850,-- €. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.
- Grundschule Augsburgener Straße, Errichtung einer „Spielbude“, Vorschlag: 2.500,-- €. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.
- Kulturzentrum Schlachthof e.V., Interdisziplinäres Werkstattprojekt „Tempo Tempo“, Vorschlag: 2.000,-- €. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.
- Kulturzentrum Schlachthof e.V., „Theater von Anfang an“/Kindertheaterprogramm, Vorschlag: 1.000,-- €. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.
- Kulturzentrum Schlachthof e.V., 14 Jahre Skatersession Endless Grind, Vorschlag: 1.000,-- €. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.
- BRAS e.V., Außerschulischer Lernort: Torfkahnprojekt, Vorschlag: in FA „Bildung“ verweisen. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.
- ADFC e.V., Bremer Fahrradfestival 2010, Vorschlag: Ablehnung. Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen. (Anmerkung: Zu diesem Zeitpunkt hatte Frau Krieger die Sitzung bereits verlassen).
Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag in den FA „Bau“ verwiesen.

Umwidmung von Beiratsmitteln:

- Grundschule Admiralstraße, 1.500,-- € (der Betrag soll nunmehr für die Anschaffung einer Bühne für Musik- und Theaterveranstaltungen eingesetzt werden), Vorschlag: Zustimmung. Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen.

Bereits im Rahmen der Sozialausschusssitzung am 10.03.2010 bewilligt:

- Jugendzentrum Findorff, Kauf von Klapptischen und Stühlen, 1.500,- € sowie
- Spielkreis Findorffer Knirpse, Kinderstühle, Sortierkörbe, Sandfahrzeug etc., 650,- €

TOP 4: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Es lag nichts vor.

Vorsitzender:

Sprecherin:

Protokollantin:

- Mester -

- Locke -

- Rohlf -

Anlagen

Der Beirat möge beschließen :

1. Der Beirat stellt fest, dass zur Ausführung der Umgestaltung eines Teilabschnitts der Admiralstraße mit dem Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa kein Einvernehmen hergestellt werden kann.
2. Gemäß § 11 (1) des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter wird der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa aufgefordert, die strittige Thematik der zuständigen Deputation für Bau vorzulegen mit dem Ziel, dass diese innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit berät und beschließt.
3. Für den Fall einer abschlägigen Entscheidung auf Deputationsebene beantragt der Beirat bereits heute eine Beratung in der Stadtbürgerschaft.

Begründung :

Für die Ausführung der Umgestaltung der Nebenanlagen in der Admiralstraße (Ostseite, Teilabschnitt zwischen Herbst- und Winterstraße) hat sich der Fachausschuss Bau, Stadtentwicklung und Umweltschutz des Beirates Findorff als Träger öffentlicher Belange am 20. Januar 2010 ohne Gegenstimme für die Lösungsvariante mit baulicher Herstellung des Radweges ausgesprochen. Die am gleichen Abend als Tischvorlage eingebrachte Variante , die in der beim Bauressort angesiedelten AG Radverkehr erarbeitet wurde und ebenfalls Gegenstand ausführlicher Erörterung gewesen ist, war damit abgelehnt.

Mit Schreiben vom 27. April 2010 teilt das Amt für Straßen und Verkehr mit, dass der Position des Beirates nicht gefolgt werde. Vielmehr habe die senatorische Dienststelle sich „insbesondere auf Grund der Empfehlung der AG Radverkehr“ für eine Herstellung des Radweges für eine sogenannte „Schutzstreifenlösung“ entschieden.

Ein Schlichtungsgespräch mit Herrn Staatsrat Golasowski am 20. Mai 2010 verlief ergebnislos.

Zur Durchsetzung der sorgfältig abgewogenen Forderung des Beirates, die im übrigen von Polizeirevier und Grundschule Admiralstraße mit Nachdruck unterstützt wird und sicher höher zu bewerten ist als die Empfehlung einer behördlichen Arbeitsgruppe, bedarf es jetzt des im Beirätegesetz vorgeschriebenen weiteren Instanzenweges.